

Frankosische Post

1918 NOV 9 11 30 AM

Adresse der Redaktion und der Geschäftsstelle:
Kirchenstr. (Капову. у.) № 25, Lokal des 3.-R.-8.
Sprechstunden: 6—7 Uhr abends.

Erscheint 3-mal wöchentlich:

am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Bezugspreis: 15 Rbl. für 2 Monate. Anzeigen:
die 3-mal gespaltene Kleinzeile auf der ersten
Seite—60 Kop., auf der 4. Seite—40 Kop.

Nr. 73.

Tiflis, den 9. November 1918.

10. Jahrgang.

Jugend-Verein.

Dienstag, den 12. November 1918,
findet in der Deutschen Bibliothek, zur endgültigen
Schliessung des Jugend-Vereins, die

letzte Generalversammlung

statt. Die Bestimmungen derselben sind gesetzlich bei
jeder Zahl der erschienenen Mitglieder.

Tagesordnung:

- 1) Rechenschaftsbericht der Rev.-Kommission.
- 2) do. " " Liquidat. "
- 3) Bestimmung über Verwendung des nachgebliebenen Vermögens.

Anfang: 7 $\frac{1}{2}$ Uhr abends.

Der Vorstand.

Am 10. November d. J., um 12 Uhr mittags,
findet eine

ausserordentliche Gemeinde-Versammlung

in der Schule, Kirchenstr. 25, statt. 2—2

Tagesordnung:

1. Frauenstimmrecht in der Gemeinde.
2. Finanzielle Fragen, verbunden m. d. Teuerung.
4. Bericht der Gymnasialkommission.

Anträge zu dieser Versammlung müssen dem
Kirchenrate schriftlich bis zum 6. November einge-
reicht werden.

Der Kirchenrat.

Nur im Café W. Höhne,

Tiflis, Golowinski № 8 (in der Nähe der Deutschen
Ortskommandantur), bekommt man ein gutes Glas Kaffee.
Kakao mit Kuchen etc. etc. 0—7

Praktischer Arzt

A. von Loewenstein.

Spezialität für Röntgenstrahlen und Electrotherapie.
Innere, Frauen-, chirurgische und Nervenkrankheiten.
Empfang von 4—8, ausser Sonntags.
Krylowskaja № 6. Wohnung № 3.
Sprechsprecher № 12—46. 15—11

MUSIK-KORPS

Res.-Jäg.-Btl. Nr. 7 (Tiflis) sucht zur Verstärkung der Kapelle tüchtige, deutsche Berufsmusiker aller Instrumente. — Bedingung: Probespiel und die erforderlichen Papiere. — Näheres zu erfahren im Magazin E. Bricker's, Golowinscher Prospekt 18. 1—1

Zwei möblierte Stuben

sind in einer deutschen Familie zu vermieten.
Michael-Prospekt 52.
Zu erfragen beim Hauswirt. 1—1

Bekanntmachung.

Das Traubenberger Schulgenamt macht hiermit allen seinen Bürgern in den Mutterkolonien bekannt, daß laut Gemeindebeschluss vom 4. November d. J. ihnen noch eine kurze Frist bis zum 15. November zur Anmeldung in der Kolonie gegeben ist. Nach Verlauf dieses Termins betrachtet sie die Gemeinde als ausgeschlossen und nimmt ihr Land in Besitz. 2—1

Deutsches Zusammenwirken.

II.

Nächst der innern Stärkung des Vaterlandes muß die wichtigste Aufgabe eines jeden im Auslande lebenden Deutschen die Verbreitung und Festigung des deutschen Einflusses sein. Die politische Färbung desselben konnte in Zukunft wegleiten, und wir werden viel mehr gewinnen, wenn wir uns auf die wirtschaftliche und kulturelle Beeinflussung fremder Völker beschränken.

Vorerst will ich die wirtschaftliche in Betracht ziehen, da jedem ins Ausland gehenden Deutschen wirtschaftliche Interessen am nächsten liegen. Er ist ja meistens Kaufmann, Gewerbetreibender, Fabrikant, Handwerker oder Landwirt und nur in selteneren Fällen Lehrer, Künstler, Gelehrter oder Schriftsteller. Kulturpionier soll aber jeder sein; keiner, auch nicht der bescheidenste Mann, darf vergessen, daß seine Tätigkeit im Auslande neben dem Vorteil, den sie ihm unmittelbar bringt, auch mittelbar dem Heimatlande nützen soll.

Wenn der deutsche Kaufmann eifrig bemüht ist, im Auslande deutsche Waren abzusetzen, so bringt er der deutschen Industrie wohl Augen und Vorteil, aber er soll dabei auch bedacht sein, durch sein Auftreten dem deutschen Namen Ehre zu machen, was ja bisher auch viele, aber nicht alle getan haben. Fabrikanten, Handwerker und Landwirte, die sich für längere Zeit in der Fremde niederlassen und beständig an einem Orte wohnen, haben noch mehr Gelegenheit, in dieser Hinsicht nützlich zu sein, indem sie in ihrer Umgebung auch für deutsches Wesen und deutsche Kultur Freunde werben. Dies erreichen sie in vielen Fällen durch gute Leistungen und das Bestreben, fremdes Wesen ohne Voreingenommenheit zu würdigen. Im zwischen-völligen Verkehr hat Gegenseitigkeit die größte Bedeutung; man kann sagen, daß ein annähernd freundschaftlicher Verkehr zwischen zwei Völkern ohne gegenseitiges Entgegenkommen überhaupt nicht möglich ist. Das wissen unsere Kaufleute, die, selbst nach dem Zeugnis fremder Beobachter, in der Anbahnung guter Beziehungen mehr leisten als andere. Vor einigen Jahren erschien in der „Revue des deux Mondes“ ein Artikel: „Städte im fernen Osten“, in welchem sich der Verfasser, Andreas Belffiori, über die deutschen Kaufleute in China folgendermaßen äußert: „Der Deutsche besitzt die Fähigkeit, seine Erzeugnisse den Bedürfnissen jedes Landes anzupassen. Diese Fähigkeit fehlt sowohl dem Engländer wie dem Franzosen. Der Chinese wendet sich mit Vorliebe an die deutsche Industrie. Der schöpferische Geist der Deutschen erobert von Jahr zu Jahr die großen Weltmärkte.“ Das schrieb ein gebildeter Franzose einige Jahre vor dem Kriege! Sodann meint er die Deutschen sprächen, ausdauernd, geduldig und gerügelt, während die im Osten ansässigen Engländer hochmütig, träge, genußsüchtig und dem Trunke ergeben sind. Hoffentlich wird der deutsche Kaufmann nach dem Kriege seine guten Eigenschaften noch mehr zur Geltung bringen und in der Fremde redlich und eifrig für die Hebung der deutschen Industrie arbeiten. Wenn er dies nicht kann oder nicht will, so soll er lieber in der Heimat bleiben, denn dann ist sein Aufenthalt im Auslande nutzlos, wenn nicht gar schädlich. Wir sind jetzt erfahrener als früher und werden darauf sehen müssen, daß unsere gesamte Handelstätigkeit im Auslande deutschnational bleibe. Individuen, die, wie dies vor dem Kriege oft vorkam, den Vertrieb englischer Waren übernahmen und deutsche zu verdrängen suchten, müssen in Zukunft in die Acht erklärt werden. Weder Engländer noch Franzosen beschäftigten sich im Auslande mit dem Vertrieb deutscher Waren, sondern suchten sie überall, wo sie nur konnten, auszuhalten!

Ingenieure und Techniker, die ins Ausland zur Errichtung von industriellen oder Fabrikanlagen berufen werden, sollten sich nur dann zur Übernahme solcher Stellen bereit erklären, wenn ihnen die Möglichkeit gelassen wird, in den Neuanlagen deutsches Kapital oder deutsche Maschinen unterzubringen. Wird ihnen dies nicht zugestanden, so gleichen sie verlorenen Böten und sie sollten lieber zu Hause bleiben. Man schaue nur zu, wie nationalitätlich französische, englische und sogar belgische

Ingenieure im Auslande ihres Berufes warten, wie sie aus jedem Unternehmen, in welchem sie angestellt sind, für ihr Heimatland eine neue Erwerbsquelle machen. Vielleicht ist das nationalitätlich Hebereifer oder sogenannter Chauvinismus, aber wenn unsere Gegner nach solchen Grundfragen arbeiten, dürfen wir hinter ihnen nicht zurückbleiben. Kurzum, es gibt hundert Mittel und Wege, die heimische Industrie auch im Auslande zu fördern, und es ist nur nötig, daß jedes unlaunere Mittel wegleibe und nichts gelte, was die Interessen des fremden Landes schädigen konnte. Auch hier muß Gegenseitigkeit die Grundlage guten Einvernehmens bilden.

Artur Leif.

Rusland.

Die Juristenfakultätsabteilung des Justizministeriums hat eine genaue „Instruktion“ zur praktischen Anwendung des Gesetzes über die Spekulation ausgearbeitet.

Das Verkehrsministerium hat verfügt, daß in die Züge, die aus Armenien nach Georgien fahren, Personen, deren Beglaubigungsscheine nicht vom diplomatischen Vertreter Georgiens visiert worden sind, bis auf besondere Verordnung nicht aufzunehmen sind.

Im Justizministerium wird eifrig ein Gesetzesprojekt über die Reorganisation der Gefängnisverwaltung Georgiens ausgearbeitet. Diese Arbeit leitet der Gehilfe des Justizministers G. J. Gwelschani, der auch der Abteilung für Gefängniswesen vorsteht.

Die Regierung hat auf das Angebot der Gesellschaft „Aunet“, Petroleum zu liefern, verfügt, daß die Ministerien der Landwirtschaft, des Verkehrs und der Finanzen eine Kommission berufen sollen, welche die Verhandlungen mit der Gesellschaft zu führen hat.

Die städtische Verpflegungsabteilung hat 7 Waggons Petroleum erhalten, von denen 3 Waggons unter verschiedene Anstalten und 4 Waggons unter die Bevölkerung durch die Hauskomitees zu 3 Rbl. 10 Kop. das Pfund verteilt werden sollen.

Im Deutsch-Armenischen Kulturverein wird heute, Sonnabend, d. 9. Nov., um 1/9 Uhr abends, gelegentlich des gefallenen Abends, Herr Lieutenant Gerke einen Vortrag halten. Das Thema desselben lautet: „Einiges über Deutschland.“ Derredner finden verschiedene literarisch-musikalische Vorträge hat.

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben freien Zutritt. (Kasikewitsch-Str., III. Etage, Wohnung des Herrn Kommerzienrat Mikoff.)

Ausland.

Deutschland.

Der Deutsche Kaiser hat folgenden Erlaß an den Reichskanzler gerichtet: „Eurer Großherzoglichen Hoheit gebe ich hiermit die mir zur Unterschrift vorgelegte Urkunde zur Veröffentlichung zurück. Sie betrifft die Veränderung der Kaiserlichen Verfassung und die Gesetze vom 17. März 1918 (über Befugnis des Reichsanzwärters etc.). Bei Gelegenheit dieses, für die Zukunft Deutschlands so wichtigen Schrittes möchte ich die Gefühle ausdrücken, die mich bewegen. Eine neue Ordnung bekommt Gesetzeskraft. Grundrechte werden vom Kaiser auf das Volk übertragen. Eine Zeit wird abgeschlossen, die vor künftigen Geschickern in Ehren dahebt. Trotz des Kampfes zwischen überliefernten Mächten und aufstrebenden

Kräften, hat unser Volk sich zu gewaltiger Höhe emporgehoben, die in diesem Kriege gipfelt. In diesen vier Jahren sind alte Formen zerbrochen, aber nicht um Trümmer zu hinterlassen, sondern um neue Formen zu gebären. Das Volk darf jetzt auf alle Rechte Anspruch machen, die ihm freie Entwicklung bieten. Daraus entspringen die neuen Geistes des Reichstages. In dieser Überzeugung befähigt ich die Vorkämpfer im Einvernehmen mit den Bundesstaaten. Und ich werde nach Kräften an der Ausführung mitwirken. Denn so hoffe ich dem Wohle des Volkes zu dienen. Das Amt des Kaisers bedeutet Volkseid. Möge die neue Ordnung alle guten Kräfte entfalten, um allen schweren Prüfungen zu begegnen, denen das Volk heute ausgesetzt ist. Möge es der Schritt zu einer helleren Zukunft sein. — Berlin, den 28. Oktober 1918."

◆ Eine halbamtliche Mitteilung über die von den Heresellen verfasste Rede- und Pressefreiheit ist erschienen. Die Forderungen des Belagerungszustandes werden aufs äußerste beschränkt, nur so viele bleiben, als zur Kriegsführung unerlässlich sind. Die Versammlungs- und Redefreiheit ist so gut wie vollkommen. Alle Rechte der Aufsicht werden nur selten ausgeübt werden. Dinge, die vom Feinde in die Presse geflöt werden, um unser Volk zu verwirren, müssen nach wie vor ausgeübt werden. Ebenso müssen die Anzeigen über den Handel mit Nahrungsmitteln, die überwaht werden, was auch zur richtigen Kriegsführung gehört, damit Einzelne nicht die Gesamtheit schädigen. Politische Vorfälle sind frei, sogar Meinungen über die richtige Kriegsführung, ebenso über politische, baltische und elbschlottrungliche Angelegenheiten, über das Verhältnis der Seeresleistung zur Politik, über die Verfassungsänderungen, über alle Formen der Friedensbewegung, die Reden feindlicher Staatsmänner usw.

◆ In einem Aufsatz in der "Times" vertritt Lord Northcliffe mehrfach gegen den Wilsonschen Friedens- und Völkerbundesentwurf, den die deutsche Regierung nur als Ganzes gelten lassen will, ohne Auslassungen oder Zusätze. Northcliffe erwähnt weder die Abstützung, noch die richtige Schiedsgerichtsfrage, den Völkerbundesgedanken, die Freiheit der Meere und die Abgabe an den Wirtschaftskrieg. Gerade aber diese beiden Punkte haben Deutschland bewegt, die Wilsonschen Gedanken anzunehmen.

◆ In einem Berliner Blatte führt ein „sozialdemokratischer Gewerkschafter“ aus, was der englische Frieden für Deutschland bedeuten würde: Abtrennung Elsaß-Lothringens, vielleicht auch der preussischen und bayerischen Provinzen links des Rheins an Frankreich, Abtrennung Oberösterreichs, Bosens, Schlesiens und Westpreußens zugunsten Polens; Abtretung der Kolonien an England; ungeheure Kriegsschuldungen an alle Mächte, dazu die Kap der eigenen Kriegsschulden; das übrigbleibende Deutschland beherrscht von englischen und französischen Kanonen; Auslieferung der Kriegsmarine an England, somit unbeschränkte Weltbeherrschung des englischen „Marinismus“ d. h. des Semilitarismus; Verklammerung des deutschen Gewerbes und Handels durch Vorenthaltung von Roh-

stoffen, durch Absperrung der Absatzgebiete, Strafzölle usw.; infolgedessen dauernde, furchtbare Arbeitslosigkeit, Kündigung aller Löhne, Bergschüttel aller Lohnbewegungen; Auswanderung von Hunderttausenden von Arbeitern jährlich, welche im Auslande demütiger Behandlung unterliegen würden; Abtretung der deutschen Handelsschiffe; das alles bedeutet Knechtlichkeit eines großen Volkes; die wertigsten Schichten hätten dann die unerhörten Löhne des verfallenen Landes und der zugrunde gerichteten Volkswirtschaft zeitweilig zu tragen, müßten mit Schweiß und Blut dem ausländischen Kapitalismus dienen.

U n g a r n

◆ Der Kaiser nahm den Rücktritt Andrássy an.
◆ Budapest: Erzherzog Josef leistete folgenden Eid als König: „Ich gelobe bei meiner Ehre, mich den Befehlen des Nationalrates unbedingt zu unterwerfen, ihn in allen seinen Verfügungen getreu zu unterstützen.“
◆ Budapest: Der Kriegsminister ordnete an, daß die deutschen Truppen in Ungarn mit voller Ausrüstung und Bewaffnung ungehindert befördert würden. Alle reichsteuerrischen Militärbehörden reisen Sonntag mit Dampfer nach Passau, nur die deutschen Bahnhofsbehörden bleiben in Budapest, um die Soldaten aus dem Balkan nach der Heimat weiterzuführen.

◆ Wien. Der neuernannte Staatssekretär des auswärtigen Grafen Wiesel, der sich dem Deutschen Vorkämpfer Grafen Wiesel vor und meldete ihm anlässlich der Übernahme der Regierung durch Deutsch-Österreich, er habe den Gefallen, als Vertreter des Deutschen Reiches bei dieser Regierung zu bleiben.
◆ Der Staatsrat beschloß: Deutsch-Österreich hat kein eigenes Heer, da seine Truppen Verbänden zugeteilt, deren slavisch-magyarische Mehrheit nicht mehr kämpfen will. Daher ist Deutsch-Österreich nicht imstande, den Kampf allein fortzusetzen. Es steht jedoch nach wie vor in treuer Freundschaft zum Deutschen Reich und will die Friedensverhandlungen im Einvernehmen mit diesem führen. Südrußland wird als untreuerbarer Teil Deutsch-Österreichs betrachtet. Artillerieleutnant Deutsch ist Unterstaatssekretär im Staatsrat für das Heereswesen.

◆ Österreich hat den Waffenstillstand unterschrieben. Die Feindseligkeiten sind eingestellt. Bedingungen: Vollständige Waffenstreckung; ungehinderter Durchzug von Verbändenstruppen; Befreiung gewisser Punkte; Abzug — innerhalb von 14 Tagen — aller deutschen Truppen; Freisetzung aller Gefangenen; Auslieferung eines Teiles der Flotte.
◆ In seiner zweiten Zusammenkunft richtete der Staatsrat von Deutsch-Österreich einen Aufruf an die Deutschen Österreichs. Er zeigt die Annahme einer vorläufigen Verfassung und die Wahl des Staatsrates für den neuen Staat an, der die Leitung aller deutschen Lande übernimmt. Man will sofort zur Bildung einer Regierung schreiten, die Friedensverhandlungen führen soll. Sie wird auch die deutsch-österreichische Heeresmacht verwalten. Den völkischen Minderheiten auf deutschem Boden wird voller Schutz und Freiheit zugesagt. Zugleich wird die Hoffnung ausgesprochen, daß deutschen Minderheiten in slavischen Ländern gleiche Rechte gewährt werden. Alle Deutschen werden ermahnt, volle Ruhe

zu bewahren und alles zu vermeiden, was die neue Ordnung und den kommenden Frieden gefährden könnte. Alles wird in enger Fühlung mit dem Deutschen Reich gehalten.

◆ In Wien wurde ein vorläufiger Soldatenausschuß gebildet. Beratungen wegen Aufstellung des deutsch-österreichischen Heeres wurden begonnen.

◆ Die Truppen in Graz leisteten den Eid auf Deutsch-Österreich.

◆ Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen ruthenischen und polnischen Truppen in Ostgalizien. — Lemberg wurde in der Nacht auf den ersten November von ruthenischen und deutsch-österreichischen Regimentern eingenommen. Infolge zielbewusster vorheriger Entleerung der Besatzung war ein Widerstand unmöglich. General Buchakoff (Pole, inzwischen gefallen) wurde von der anderen Seite des San Flusses angegriffen und zwar von Truppen, die vorher in Jarancica stationiert. Eine Honvedabteilung verweigerte General Buchakoff den Gehorsam. Den Angriff von Przemyel hat Buchakoff zunächst einen Tag lang mit Legionären und Studenten abgewiesen. Die Eisenbahndirektion über den San ist gesprengt, Przemyel in den Händen der Ruthenen. Nach den „Gosina Polska“ ist ein österreichisches Heer unter General Haus, bei dem sich auch Erzherzog Wilhelm befindet, im Vormarsch auf Hamarusa und Zamość. — Spätere Meldung: Der Ukrainische Nationalrat besetzte die Stadt mit bewaffneter Mannschaft; Amtsgelübde wurden besetzt; andere Nationalitäten wurden entwaffnet; Bahn- und Drabverkehr eingestellt; der Stadthalter ist festgenommen; durch Maueranschlag verurteilt der Ukrainische Nationalrat die Übernahme der Verwaltung; der neue Statikommandant verhängte den Belagerungszustand. (NB. „Ukrainisch“ bezieht sich in diesem Falle auf die österreichischen Ukrainer, früher Ruthenen genannt).

T ü r k e i

◆ In der Nacht vom 3. auf den 7. November hat die deutsche Jumentation in Konstantinopel zu funktionieren aufgehört, was darauf hinweist, daß die deutschen Telegraphisten Konstantinopel verlassen haben. Es ist anzunehmen, daß auch die deutschen Truppen aus K. abgezogen sind. Für den Abmarsch der deutschen Truppen und der deutschen Zivilbevölkerung aus der Türkei ist von den Entente-Mächten eine einmonatliche Frist zugesagt worden. Nach den Bestimmungen des Waffenstillstandes werden die Engländer Batum besetzen. — Wieder sei bemerkt, daß ein Teil der deutschen Truppen, der Georgien noch nicht verlassen hat, hierseits verbleibt, und zwar mit Zustimmung der georgischen Regierung, die erstere für neutral erklärt.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, den 4. 11. 18.

Besten: Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Vorkämpfe vor unsern neuen Linien von Geni. Wir stehen hier am Kanal und beim Wehr der Stadt in Gefechtsfühlung mit dem Gegner. Westlich von Valenciennes haben wir unsere Front vom Gegner etwas abgesehen. Der Feind fand am Abend bei Dinnaig—Renain und Willers pol. Weiterseits von le Quesnoy und Vandrecies gestern Artilleriekampf. Westlich von Vandrecies wiesen wir

Eine neue 10 gällige Pipeline wurde im Januar 1917 vollendet und in Betrieb gesetzt. Durch beide Pipelines können jährlich mindestens 1 440 000 t Rohöl gepumpt werden; durch Anlegung weiterer Pumpstationen kann diese Menge bequem auf 3 Mill. tons jährlich gebracht werden. Im Februar 1915 zerstörte ein aufrührerischer persischer Stamm die erste Pipeline an einer Stelle. Englische Truppen schlugen jedoch den Aufstand nieder und im Juni 1915 war die Pipeline wieder hergestellt; seitdem sind keine Störungen mehr vorgekommen. Immerhin hatte die Gesellschaft beträchtlichen Schaden gelitten; denn sie sah sich während der Zerstörung gezwungen, mangels genügender Tanksanlagen 144 000 t Rohöl zu verbrennen. Für den Schaden machte sie die persische Regierung verantwortlich, und zwar berechnete sie ihn auf 160 000 Pf. Sterling; außerdem wird sie noch eine Forderung für den infolge Behinderung der Arbeiten beim Legen der neuen Pipeline entstandenen Verlust aufstellen. Die Gesellschaft hofft, daß die persische Regierung bei der Festlegung der Friedensbedingungen Kompensationen für diese Verluste erlöst.

Die Raffinerie auf Abbadan begann Anfang 1918 ihre Tätigkeit und ist darauf eingerichtet, der britischen Admiralität jährlich 280 000 t Heizöl (= 65% des Rohöls) zur Verfügung stellen zu können. Da die Kapazität der Raffinerie nicht genügte, wurden Erweiterungsanlagen gebaut, die, nachdem die neue Pipeline fertiggestellt wurde, die Leistungsfähigkeit um 100% vergrößern; eine weitere Raffinerie auf Abbadan ist im Bau, die gegen Ende 1917 vollendet wird, so daß dann die gesamte Leistungsfähigkeit der Raffinerieanlagen um weiter 40 % gesteigert werden kann. Raffinerien, Tanksanlagen, Pipelines usw. standen am 31. März 1916 mit 1 544 849 Pf. Sterl. zu Buch.

Was die Petroleumproduktion selbst betrifft, die von den oben genannten Tochtergesellschaften der „Anglo-Persian“ befohrt wird, so mußte sie sich bisher, ungeachtet der großen Ergiebigkeit der Felder, nach der beschränkten Kapazität der Pipeline und Raffinerie richten; erst jetzt kann eine volle Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten in die Wege ge-

Die Anglo-Persian Oil Company.

Von Dr. rer. pol. C. A. Schaefer (Berlin).

(Schluß.)

In diesen Jahren gewann das Petroleum als Heiz- und Treiböl eine wachsende Bedeutung für die Kriegs- und Handelsmarine, was gerade im englischen Parlament, besonders in den Sitzungen vom 17. Juli 1913, 2. und 17. März 1914, anerkannt wurde. So konnte im Jahre 1913 Churchill mit einem Programm hervortreten, das sich folgende Ziele setzte: „Große Devisen für den Kriegsfall anzulegen, zu diesem Zwecke Lieferungsverträge mit Gesellschaften abzuschließen, deren Gebiete räumlich an möglichst verschiedenen Punkten der Erde liegen, und die Kontrolle über einen Teil der Oelproduktion zu erhalten, um von dem fremden oder internationalen Konzern unabhängig zu werden und dadurch einen gewissen Einfluß auf die Preisbildung zu gewinnen.“ Bei der Durchführung dieses bemerkenswerten Programms richtete England sein Augenmerk gerade auf die „Anglo-Persian Oil Co.“; hierzu kam als beförderer, vom politischen Standpunkt wichtiger Umstand, daß England ein dringendes Interesse daran hatte, seine Vorherrschaft im Persischen Golf auch nach Abschluß der neuen Verträge mit Deutschland und der Türkei betreffend Mesopotamien, über die damals verhandelt wurde, aufrecht zu erhalten.

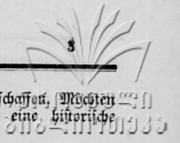
So schloß die englische Regierung mit der „Anglo-Persian“, nach dem auf Betreiben Lord Fishers im Winter 1913/14 eine Studienkommission unter Vizemiralmir Sir Edmund Slade die südpersischen Oelfelder besuch hat, am 20. Mai 1914 einen Vertrag, wodurch die Gesellschaft einen nationalenglischen halbstaatlichen Charakter erhielt und sich verpflichtete, „sich eine unabhängige britische Gesellschaft zu sein und zu bleiben.“ In der Hauptsache wurde folgendes vereinbart: Das bisherige eingezahlte Aktienkapital der Gesellschaft mit 1 999 000 Pf. Sterl. wird um 2 001 000 Pf. Sterl. auf 4 Mill. Pf. Sterl. er-

höht. Diese 2 001 000 Pf. Sterl. (2 Mill. Pf. Sterl. Stammaktien und 1006 Pf. Sterl. Vorkaufsaktien mit gleichem Stimmrecht wie die Stammaktien) werden von der englischen Regierung aufgebracht, so daß die Kräfteverteilung innerhalb des Aktienkapitals ist:
englische Regierung 2 001 000 Pf. Sterl.
private Interessen (insbeson-
dere „Burnmah“) 1 999 000 „ „
4 000 000 Pf. Sterl.

Im Laufe des Geschäftsjahres 1914/15 hat die Regierung die 1000 Pf. Sterl. Vorkaufsaktien und 750 000 Pf. Sterl. Stammaktien übernommen und in den Geschäftsjahren 1915/16 und 1916/17 je 250 000 Pf. Sterl. eingezahlt.

Zur Wahrung der Regierungsinteressen sind in den Board der Gesellschaft zwei „ex-officio-Direktoren“ als Vertreter des Seesamtes und der Admiralität (gegenwärtig Lord Inchcape und Visemiralmir Slade) eingetreten, die das Vetorecht gegen alle Maßregeln der Gesellschaft besitzen. Ferner wurde ein Abkommen getroffen, wonach die Admiralität das Heißöl der Gesellschaft gemäß den jährlich hierfür im Etat ausgeworfenen Summen zunächst für die Dauer von 30 Jahren abnehmen soll.

Die Produktion der Gesellschaft konzentriert sich gegenwärtig auf das Maibani-Ölabbau-Feld, 230 km nordöstlich von Mohammerab. Im Umkreis des Oelfeldes befinden sich große Werksstätten, Stahlwerke und offene Petroleum-, Beamten- und Arbeiterwohnungen. Die qualifizierte Grubenarbeit wird von gelehrten indischen Arbeitern aus Burnmah, die ungelernete von persischen Arbeitern ausgeführt. Im August 1914 wurde eine, teils 6 gällige, teils 8 gällige Pipeline fertiggestellt (seit April 1912 in Betrieb), die nach der etwa 235 km von dem Produktionsfeld entfernt gelegenen Raffinerie führt, die auf der für 99 Jahre gepachteten Insel Abbadan an der Mündung des Schatt-el-Arab errichtet ist. Dort ist binnen kurzem eine kleine moderne Stadt mit allem europäischen Komfort entstanden.



erneute Angriffe des Feindes im Gegenstoß ab. — Heeresgruppe Deutsche Kronprinz und Gallwitz: Zwischen Duse und Aisne lebte die Artillerietätigkeit am Abend wieder auf. Sie war nördlich von Guise und bei Vanogne, hier in Verbindung mit erfolglosen Teilangriffen des Gegners, von größerer Heftigkeit. Im Anschluß an die gestern gemeldete Zurückverlegung unserer Front östlich der Aisne, nahmen wir auch westlich der Maas unsere Linien etwas zurück. Vorfeldkämpfe südlich der Cbesnes und bei Belricres. Starke Angriffe der Amerikaner zwischen Sommautpe und Belval brachten wir im Walde nördlich von Belval zum Stehen. Auf dem östlichen Maasufer scheiterten heftige Teilangriffe, zwischen Maas und Mosel beschränkte Vorstöße des Gegners. Westlich der Mosel kämpften wir kleine, aus den letzten Kämpfen noch in Feindeshand gefallene Grabenstücke.

Abendbericht, Berlin, amtl., 4. 11. 18, abends.
 Genattiges Ringen zwischen Schelde und Duse. Der von Engländern und Franzosen auf mehr als 60 km breiter Front erneut erstrebte Durchbruch wurde vereitelt. Zwischen le Quesson und Sandrecies fingen Rekruten den Stoß des Feindes auf. Auf der übrigen Front brachten unsere vorderen Kampftruppen seinen Ansturm zum Stehen. Westlich der Maas haben sich im Walde von Dieulet Kämpfe entwickelt.

Vom 5. 11. 18.

Westen: Zwischen der Schelde und der Duse haben Engländer und Franzosen ihre großen Angriffe wieder aufgenommen. Durch gewaltigen Einmarsch an Artillerie und Panzerwagen suchten sie den Durchbruch auf der mehr als 60 Kilometer breiten Front zu erringen. In schwerem, bis in die Dunkelheit währendem Ringen gelang es unseren an Zahl weit unterlegenen Truppen den feindlichen Angriff aufzufangen und den Durchbruch zu vereiteln. Südlich von Valenciennes auf den nach Norbhoeh führenden Straßen wiesen wir den Feind vor unseren Linien ab. Die gegen unsere neue Front Sebourg — Wargnies le grand gerichteten Angriffe wurden durch erfolglosere Gegenstöße auf den Höhen östlich dieser Orte zum Scheitern gebracht. Wargnies le petit, das vorübergehend in Feindeshand fiel, nahmen wir wieder. Den beiherseitig von le Quesson vorbedingten Angriff brachten wir südlich von Wargnies le grand und bei Solimes zum Stehen. Le Quesson, durch beiderseitige Umfassung bedroht, wurde beschleunigend geräumt. Der gegen den Wald von Normal gerichtete Ansturm des Gegners kam in dem westlichen Teil des Waldes zum Stehen. Auch südlich des Waldes wurde der Feind am Vormittag dicht hinter unsere vorderen Linien auf den Höhen westlich des Sambre-Duse-Kanals abgewiesen. Am Nachmittag festete der Gegner seine Angriffe fort. Ihr Schwerpunkt lag nördlich und südlich des Waldes. Nördlich des Waldes fingen wir den Stoß östlich von Jellimes und südlich des Waldes am Sambre-Duse-Kanal auf. Der Kanalschnitt östlich von Dros le Catillon wurde gegen alle feindlichen Anstürme behauptet. Südlich von Catillon stieß der Feind in etwa 1—2 Kilometer tief über den Kanal vor. Hier brachten ihn der Straße la Groisse-Duse feindliche Kampftruppen zum Stehen. Vor der Kanalfront zwischen Fernay und nördöstlich von Etreux brachen alle Angriffe des Feindes zusammen. Zwischen Etreux und der Duse konnte er an einzelnen Stellen das östliche Ufer gewinnen. Auch hier gelang es ihnen nicht über unsere vor-

derste Stellung hinaus vorzudringen. Südlich der Duse sind dem starken Artilleriefeuer, das sich am frühen Morgen bis zur Serre ausdehnte, heftige Angriffe südlich von Guise, bei la Herie und gegen Bois la Marqny gefolgt. Der Feind wurde überall, teilweise im Gegenstoß, abgewiesen. An der Aisnefront keine Kampfhandlungen. Zwischen le Chesne und Sommautpe scheiterten Teilvorstöße des Gegners. Auf den Höhen südlich von Deaumont wiesen wir heftige Angriffe der Amerikaner ab. Im Walde von Dieulet wichen unsere Truppen mehreren Angriffen befehlsgemäß auf das östliche Maasufer nördlich von Senay aus. Südlich von Dun wurden feindliche Abteilungen, die über die Maas vorstießen, über den Fluß zurückgeworfen. Auf den Höhen östlich der Maas scheiterten starke Angriffe, westlich der Mosel Teilvorstöße der Amerikaner.

Berlin, amtl., 5. 11. 18, abends.
 An der Schlachtfrent zwischen Schelde und Duse haben wir uns vom Gegner abgesetzt. Die Bewegungen sind planmäßig verlaufen. Heute fanden hier nur Einzelkämpfe statt.

Eine norwegische Rechtfertigung der deutschen Politik.

Im „Morgenbladet“ (Christiania) schreibt der Dramatiker Hjalmar Christensen, einer der bekanntesten Schriftsteller Norwegens, über die Neuordnung des Ostens; Gegenüber der Einseitigkeit, die in unserer Presse zum Ausdruck kommt, fühlen wir uns verpflichtet, einige jenen vergessenen Faktoren ins Gedächtnis zurückzurufen. Nur ganz kurze Zeit, nachdem Rußland sich gegen Siegen sicher schien, redet man bei uns, als ob es niemals ein Ausfall gegeben hätte. Dagegen spricht man viel davon, daß im Osten durch „Deutschlands harte Hand traurige Dinge geschähen“. So losse und leichtfertig auch die Menschen die großen Dinge der Geschichte behandeln, in diesem Falle verliert der Mangel an Gedächtnis und kritischem Sinne verblüffend. Was haben die Mittelmächte im Osten denn Böses angerichtet? Um im Süden zu beginnen, haben sie Rumänien einen bedeutend besseren Frieden gegeben, als es der rumänische Staat verdient und wohl auch erwartete. Graf Czernin wollte eben beim Friedensschluß den Grundstein für künftige Verständigung legen. Man ersparte Rumänien die Demütigung einer Ablesung der Donau. Dagegen wird die rumänische Aristokratie sich darin finden müssen, daß das Schwergewicht der Macht verlegt wird, indem ein selbständiger Bauernstand geschaffen wird, der dem Lande bisher fehlte. Trotzdem wird „das unglückliche Rumänien“ von norwegischen Journalisten bekammert. Rätzlich machte einer dieser Herren darauf aufmerksam, daß Rumänien keinen Schaden davon bekommen habe: „Man merkt Deutschlands harte Hand“.

Im Jahre 1916 erschien ein Buch: „Kennen Sie Rußland?“, herausgegeben von der Liga der russischen Fremdwörter mit Beiträgen von Finnländern, Balten, Esten, Letten, Litauern, Weißrussen, Polen, Juden, Ukrainern, besiarabischen Rumänen, Georgiern usw. Man erhielt durch dieses äußerst lehrreiche Buch ein starkes Gefühl für die körperlichen und geistigen Leiden der Fremdwörter unter dem Druck der Russifizierung. Der größte Teil dieser Fremdwörter nun ist im Jahre 1918 aus seinem Verhältnis zu Rußland gelöst worden, und zwar durch Deutschland und Deckerreich-Ungarn! Sie erhalten Selbstregierung, ganze Selbstregierung oder Selbstregierung mit gewissen Einschränkungen. Deutschland gedenkt sich gewisse Handelsvorteile auszubedenken. Es will eine gewisse Sicherung gegen das Eindringen der bolschewistischen Anarchie haben. Das Eigentum soll respektiert werden. Vor wenigen Jahren ergriffte weder Recht noch Gesetz in diesen von Rußland getrennten Gebieten. Die eigene Sprache der Völker und ihre Religion sollte unterdrückt werden. Die Deutschen dagegen haben ihnen Rechtsicherheit, sprachliche und religiöse Freiheit gebracht.

Die harte Lehre, die Finnland unter der russischen Tyrannei durchgehen mußte, hat bei uns keinen großen Eindruck gemacht. Vor allem Schweden hatte in einem großen Augenblick eine kleine Regierung, da es jede Hilfe für das unterdrückte Nachbarvolk ablehnte. Jetzt aber las ich in einer norwegischen Zeitung, daß Deutschland seine harte Hand auch auf Finnland gelegt habe. Erst Deutschland hat durch seinen Sieg über Rußland Finnlands Selbständigkeit in einem Grade ermöglicht, an den Finnland früher nicht einmal zu träumen wagte. Sodann hat es Finnland ein Heer geschickt, damit es der bolschewistischen Räuber Herr werden könnte. Jetzt sieht man, daß Deutschland allerdings eine Gegenleistung verlangt. Ist das eine harte Hand?

Deutschland hat Skandinavien von dem russischen Nachbar befreit, dessen Politik von Peters des Großen Zeiten an dieselbe Linie verfolgt hat. Jetzt liegt ein Ring kleiner Staaten zwischen dem germanischen Mittel- und Norddeutschland auf der einen Seite und dem moskowitzischen Asien auf der anderen. Wir haben kein Recht, die Dienste von historischer Bedeutung zu vergessen, die „die harte Hand“ Deutschlands uns geleistet hat, wenn auch die Verlegung des Kriegsschauplatzes nach Nordfinland uns gewisse Schwierigkeiten bringt. Es wäre ungerecht und töricht, den Deutschen die verdiente Ehre abzusprechen, wenn sie einem

kleinen Volke bessere Lebensmöglichkeiten schaffen, möchten wir einmal verstehen, daß auch Norwegen eine historische Schuld an Deutschland hat.

England als Friedensstörer Europas.

(Schluß.)

Allein während die Engländer diese Dinge spiessig vorsetzeln, um die öffentliche Leichtgläubigkeit zu hinterfragen, arbeiteten sie unermüdet (und leider ist ihnen nur zu sehr gelungen), das Gleichgewicht der Macht zur See gänzlich über den Haufen zu werfen, ohne welches doch keine Möglichkeit ist, daß das Gleichgewicht zu Lande bestehen kann. Dies ist eine um so wichtigere und merkwürdigere Betrachtung, weil hier auf nichts geringeres als den Handel der großbritannischen Unterthanen, mit Ausschließung und gänzlichlicher Vernichtung aller anderen Schiffahrt und allen anderen Handels, abgezielt wird.“ — In der Zeit ist die neuere Geschichtsschreibung, auch die englische, immer mehr zum Erkenntnis gelangt, daß die Absicht auf diese Monopolstellung und die ihr dienende Herrschaft über See und die überseeischen Gebiete die Hauptursache aller europäischen Kriege gewesen ist, an denen England entweder beteiligt war, oder die es unablässig gefördert hat. Das uns überlebte Bild von Napoleon ist fast übernatürlich; man muß die englischen Farben abtragen, um seine wirklichen Züge zu entdecken. England hat den Veltroberer nicht nur gemalt durch unablässiges Schreien und Schimpfen, sondern ihn auch durch seine Politik gemalt. Der deutsche Geschichtsschreiber Max Lenz kam (1905) auf Grund der Urkunden, der Taten und des Sinnes, den sie haben mußten, des Zusammenhangs, der sie allein verständlich macht, zu dem Schlusse, daß insbesondere in den entscheidenden Jahren nach dem Friedensvertrage von Amiens (1802), den England einisch durch Nichtausführung brach, durch dies und anderes herausfordernde Verhalten der Beherrscherin des Meeres Napoleon zur Erneuerung des Krieges auf dem Festlande genötigt war. Diese verhängnisvollste Friedensstörung fällt England zur Last. England siegte mit Hilfe fast des ganzen übrigen Europa, vor allem mit Hilfe des deutschen Königens um Befreiung, durch den Arm Blüchers und Gneisenaus, mit den Soldaten Scharnhorns und Boyens, über Napoleon. Von Stund an war das Hauptanliegen der englischen Politik, Deutschland niederzuhalten, seine Einigung und Weitergeburgt als Weltmacht zu hintertreiben, die Zwietspalte in ihm lebendig zu erhalten. Bezeichnend, wie sie noch in den letzten Zeiten des deutschen Bundes der Aufnahme des Herzogtums Schleswig in dieses nach außen und nach innen doch so schwache Gebilde widerstrebt, wodurch einer kriegerischen Lösung des Verhältnisses zu Dänemark hätte vorgebeugt werden können.

Aber vorher schon hatte England, nach der Friedensperiode, die auf 1815 folgte, zuerst den großen Krieg wieder entfacht durch sein Vorgehen im Bunde mit dem französischen zweiten Kaiserreich gegen Rußland. Neulich erst hat ein Abgeordneter im britischen Parlament daran erinnert, alles was jetzt Deutschland zum Vorwurf gemacht werde, habe man 1854—56 ebenso gegen Rußland gemacht. So war es allerdings. Mit dem Schlagworte Freiheit wurde auch damals ein böses Spiel getrieben. Die Lehre wurde aber auch gepredigt, daß Krieg als solcher einen veredelnden und reinigenden Einfluß habe, der Dichter Kenyonson, schon der Einbildung zu huldigen, er bedeute eine Heilung der Unrechtheit in Handel und Wandel“ (Slater: The making of modern England, 1913, S. 175). Der Krieg war das Wort Palmerstons, der als Lord Feuerbrande berüchtigt war wegen seiner Einmischungen in die Angelegenheiten aller Staaten. „Die aristokratischen Whigs und gelegentlich die Neutonkonserativen vom Schlage Disraelis bildeten seine wirkliche Unterhütung in dem Entschlusse, daß England „etwas“ bedeuten — das hieß aber, der Wirkung nach alles bedeuten — sollte im Rate Europas, sagt Escott, der fast offiziöse Geschichtsschreiber des Foreign Office (History of British Diplomacy, S. 295). Es war der Imperialismus vor dem ausgedröhen kriegerischen Imperialismus, dessen Heros, der eben genannte Disraeli, und nach ihm Chamberlain wurde. Dieser unbedingte Imperialismus hat seitdem die britische Auslands politik befruchtigt. Er ist eine Erneuerung des alten Syphens, das eine Zeitlang durch Anhänger der reinen Freihandelslehre unterbrochen war. Er ist neuerdings vollstündlich, und das bedeutet in England überbehauptet geworden, wie in seinen schlagenden Ausführungen über die politische Psychologie des englischen Volkes Emile Boutmy (Mitglied des Instituts von Frankreich) — das Buch ist in 3. Auflage 1909 erschienen — burt. Als Beleg erwähnt er eine Rede von Lord Salisbury, gehalten während des Burenkrieges, worin dieser konservative Führer die Reaktion gegen die Lehren des radikalen Cobden mit den Worten befragt: „Man glaubt nunmehr, es sei unsere Pflicht, alles zu nehmen, was wir können, uns zu schlagen gegen alle Welt, Sündel anzufangen um immer sich Gelegenheit bietet.“ Das erscheint mir als eine sehr gefährliche Lehre...“ Ihm schickte alsbald der liberale Führer, Sir William Harcourt, bei mit den Worten: „Wir sollten lernen, nicht durch ein anmaßendes und unverschämtes Betragen diejenigen, die wir zu Freunden haben wollen, wütend zu machen, nicht diejenigen, auf

leitet werden. Zwei Bohrflöcher, Nr. 7 F und Nr. 8 B, ergaben bisher eine große ansehnliche Ausbeute; Bohrloch 7 F lieferte 1915 täglich 1200 t (= rund 438 000 t im Jahre) und hat jetzt die Produktion auf 1800 t (= 584 000 t im Jahre) gesteigert, obwohl sie bis zu einem Druck von 22 Atmosphären gepreßt war. Bei aufgehobenem Druck würde sie täglich 4000 t auswerfen. Bohrloch 8 B, das noch nicht ganz niedergebracht ist, hat, seitdem der Delphontjeint im Jahre 1913 angefangen ist, 3—400 000 t produziert, obwohl es unter dem größtmöglichen Druck steht. Weitere 6 noch nicht ganz niedergebrachte Bohrungen, die, um die Ausdehnung des Feldes festzustellen, nicht dicht ineinander liegen, geben alle Anzeichen einer kommenden großen Produktion. Auf einem anderen Feld wurde in einer Tiefe von 1060 engl. Fuß Del mit 73% Benzingerhalt vorgefunden. So entpuppen sich die südrussischen Felder immer mehr als eine enorm produktive Delzone, deren Produktion die Galizischen, Rumänischen und Holländischen Indiens bald erreichen, wenn nicht überflügeln wird. Und es war nicht zuviel gesagt, wenn auf der Generalversammlung vom 8. 1. 1917 behauptet wurde, daß der außerordentliche Reichtum der Felder, sobald genügend Pipelines und Raffinerien gebaut sind, nicht nur dem englischen Schahamt namhafte Zapfeneinkünfte bringen, sondern auch den britischen Konjunktur vor der Abhängigkeit von ausländischen Monopolgesellschaften sichern wird*).

* Es sei darauf hingewiesen, daß die englische Regierung jetzt auch bei den „Anglo-Egyptian Oilfields, Ltd.“, die die Petroleumlager bei Gemfah am Golf von Suez ausbeuten, beteiligt ist.

die unser Einfluß sich geltend macht, zu mißhandeln und zu kränken. . . Boutmy selber charakterisiert den neuen Imperialismus mit den Worten: „Sie wenden dafür eine gewöhnliche Diplomatie an und je nach Bedürfnis die Waffen. Auf dem ganzen Erdball hört man sie den schwachen Völkern in einem trockenen und stoßenden Ton antworten, von dem auch etwas übrig bleibt, wenn sie es mit einem starken Volke zu tun haben. Überall, wo ihr Interesse im Spiele ist, vertreten sie es, wie wir ein durch feierlichen Vertrag geheiligtes Recht vertreten würden. . . sie sind das ausverkaufte Volk, der geliebte Herr, der berufenen Schlichter der Schwachen.“ — Als Palmerton sagte, der Mensch sei ein freit- und fähelichtiges Wesen, da bestimmte er den Begriff von sich selber und gleichzeitig von jedem Staatsmann, dessen Politik die unbewußten und leidenschaftlichen Sympathien des englischen Volkes gewinnen soll.“ — In dem gleichen Sinne hatte schon zu Anfang des 19. Jahrhunderts der große Kant († 1804) gesagt: „... als Staat gegen andere Staaten das verderbliche, gewaltfame, berücksichtigte, kriegerische unter allen“ — der Friedensfürer Europas.

Indiens Kampf um Selbstregierung.

Von F. S. C. h e r.
(Fortsetzung).

Eine nie dagewesene Anzahl von politischen Raubüberfällen, sowie Ermordung von englischen und indischen Polizeibeamten und Verhaftungen, deren Fäden sich bis nach China, Japan, den Vereinigten Staaten und selbst nach England hin erstrecken, beweisen, daß hier eine mächtige Organisation am Werke war. Daß gerade diese Bewegung viel Sympathie beim Volke fand, erhellt daraus, daß es die Polizei in den weitaus meisten Fällen nicht nur nicht unterstützte, sondern den Tätern sogar beihilflich war, die Spuren zu verwischen, so daß es nur selten gelang, ihrer habhaft zu werden.

Anfangs nun dem erkrankten Nationalbewußtsein des Volkes Rechnung zu tragen, und seinen gerechten Ansprüchen entgegenzukommen, griff die Regierung zu drastischen Maßregeln. Die zwei stärksten Parteien, die sie sich für diesen Kampf schmiedete, waren das verschärfte Preßgesetz, das das Landesverteidigungsgesetz (Defence of India Act). Obgleich diese Gesetze in erster Linie gegen die Extremisten gerichtet waren, stellte es sich doch sehr bald heraus, daß die Nationalisten der gemäßigten Partei ebenso davon betroffen wurden. Das Landesverteidigungsgesetz gab selbst den untergeordneten Behörden die Vollmacht, verdächtige Personen zu verhaften, die dann vor einem Sondergerichtshofe verurteilt wurden, ohne den Angeklagten Gelegenheit zu geben, die zu ihrer Verteidigung zu Gebote stehenden Mittel zu verwenden. Von diesem Gesetz wurde der ausgiebige Gebrauch gemacht, und eine große Zahl selbst angesehener Personen zu harten Gefängnisstrafen und Deportation verurteilt. Nieß schon diese Maßregel im ganzen Lande große Erbitterung hervor, so tat es noch weit mehr das Preßgesetz, das die Presse in einer Weise knebelte, wie es selbst in Rußland nie schlimmer gewesen ist. Von den Zeitungen und Druckereien wurde die Hinterlegung großer Summen als Sicherheit verlangt, die beim geringsten Vergehen von der Regierung beschlagnahmt wurden, ohne daß man ihnen mittelste, in welcher Weise sie sich gegen das Gesetz vergangen haben. In Wiederholungsfällen wurde gewöhnlich die Presse beschlagnahmt und die Zeitungen verboten. Eine ganze Reihe von Zeitungen wurde gezwungen, ihr Erscheinen einzustellen, ohne daß sie vorher verwahrt worden wären. Diese Maßregel ächtete sich nicht nur gegen die indische Presse, auch die englischen und regierungsfreundlichen Blätter mußten sich diese strenge Zensur gefallen lassen; und heute gibt es in Indien wohl kaum noch ein Blatt, das nicht wenigstens einmal verwahrt worden ist. Mit welcher Strenge das Gesetz gehandhabt wird, geht daraus hervor, daß nach einer Zusammenstellung, die wir der indischen Presse entnehmen, in fünf Provinzen in der letzten Zeit 154 Druckereien geschlossen und 107 Zeitungen verboten wurden. Die beschlagnahmten Rationen der Druckereien betragen 325 400 Rs., die der Zeitungen 121 000 Rs.

Die öffentliche Meinung und die Kritik der Regierung, sei es durch Wort oder Schrift, wurde durch diese Maßregel so gut wie völlig unterbunden. Die Erbitterung über diese ungerechte und unverbiedene Behandlung wuchs zu schreckens. Solche Kreise, die bis dahin noch auf Seiten der Regierung gestanden hatten, schlossen sich den Nationalisten an, und diese erhielten dadurch neuen Stoff für ihre Propagandaarbeit. Die Erregung im ganzen Lande hatte eine solche Höhe erreicht, und die Stimmung war in einer Weise erhitzt, daß es nur eines besonderen Anlasses bedurfte, um die allgemeine Unzufriedenheit mit der Regierung offen zum Ausdruck zu bringen und den Führern des Volkes Gelegenheit zu geben, in nicht mißzuverstehender Weise gegen diese Maßnahmen der Behörden zur Unterdrückung und Anbelung des Landes stärksten Protest zu erheben.

Diese Gelegenheit wurde durch die Internierung der Mrs. Besant gegeben. Seit Jahren schon hatte diese Frau die Sache des indischen Volkes in der warmherzigsten

Weise vertreten, und den Regierungskreisen oft in ungehinderter Weise ihre Meinung gesagt. Aber erst in den letzten Jahren ging sie ganz in das Lager der Nationalisten über und machte in öffentlichen Reden und auch durch ihre in Madras erscheinende Zeitung „New India“ für die Homerule-Bewegung Propaganda. Auf dem letzten Nationalkongreß zu Ludnow im Dezember v. J. hat sie die Forderungen Indiens nach Selbstregierung in der überzeugendsten Weise vertreten und die Aussprüche der englischen Regierung gerad in den Pranger gestellt, daß es den maßgebenden Kreisen mehr als unangenehm sein mußte. Ihre selbstlose Tätigkeit fand in ganz Indien den aufrichtigsten Beifall. Die Regierung, die mit wachsender Unzufriedenheit dieser politischen Wirksamkeit der Mrs. Besant zusah, verbot mit allerlei Mitteln, ihren Einfluß zu unterbinden. Von der Regierung in Madras erhielt sie einen Ausweisungsbefehl aus der Präsidentschaft. Andere Provinzen wie Bombay und die Vereinigten Provinzen folgten diesem Beispiel und verschiedene Städte erließen ein Verbot gegen ihr Auftreten in öffentlichen Versammlungen. Nicht genug damit, daß man sie in dieser Weise mundtot gemacht hatte, ging man daran, auch ihre schriftstellerische Tätigkeit lahmzulegen. Die Regierung von Madras verlangte zuerst von ihr die Hinterlegung einer Sicherheit für ihre Zeitung in Höhe von 2000 Rs. Nach etwa drei Monaten wurde ihr mitgeteilt, daß einige Sätze in verschiedenen Ausgaben des Blattes das Mißfallen des Governors erregt haben und daß deshalb die Kautions beschlagnahmt wird. Mrs. Besant strengte eine Klage an, die erfolglos blieb. Darauf wurde eine neue Sicherheit von 10 000 Rs. verlangt, die auch hinterlegt wurde, da sonst das Erscheinen des Blattes verboten worden wäre. (Fortsetzung folgt.)

Aus der georgischen Presse.

Der im Vorkauf der vorigen Nummer der „R. A.“ erwähnte Leitartikel der „Doriba“ über die Zukunft Deutschlands hat folgenden Wortlaut:

Die Ereignisse, voll äußerer Dramatik, welche den Zerfall der Monarchie der Habsburger begleiteten und die ganze Menschheit in Spannung erhalten, das Schwanken der Chancen zwischen Krieg und Frieden lassen die inneren Ereignisse Deutschlands in den Hintergrund treten. Und doch sind die Ereignisse längst aus ihrem anfänglichen Rahmen herausgetreten und bilden eben den Schwerpunkt der Weltgeschichte. Dort, in Deutschland, gibt es keine von der Front desertierenden Divisionen, die miteinander kämpfen, wie in Bulgarien. Dort entstehen nicht täglich neue Scheinregierungen, wie in Oesterreich-Ungarn. Dort stehen nicht feindliche Heerschaaren in die Hauptstadt des Landes ein, wie in der Türkei. Wohl aber geschehen dort Dinge, die viel bedeutender, viel tiefer einschneidend sind, als jene.

Dort kommen bei den verweselten Verjahren des Volkes, seine Selbständigkeit, seine Ehre zu behaupten, Gesellschaftsbeziehungen an die Spitze, die bis dahin fast nie an der Regierung teilgenommen haben. Die feudalen Staatsoberhäupter geben ihre Positionen eine nach der anderen auf und, indem sie der Demokratie die Gewalt abtreten, entäußern sie sich ihrer historischen Stellung als „Herren“ des Landes. Es ist seitens des deutschen Volkes auch bereits die Forderung laut geworden, daß Wilhelm II. von der Herrschaft entfernt werde.

Diese Forderung ist in höchstem Grade beachtenswert: in ihr liegt eine Herausforderung an das ganze feudale Deutschland.

Der Kaiser war hier der erste und höchste der feudalen Machthaber des Reiches. Mit seinem Abgang beginnt sich der Mach der letzte der Feudalen, der das Schwäbische Zentral-Europas in seiner Hand hält.

Aber, daß die Forderung der deutschen Sozialdemokratie erfüllt werden wird, daß auf das „Memorandum“ Scheidemanns hin die Abankung des Kaisers erfolgen wird, hierüber kann wohl kaum ein Zweifel bestehen. Auf die Forderung der deutschen Demokratie sind dem Kaiser schon die Hauptprerogative seiner obersten Gewalt genommen worden: das Recht, nach eigenem Ermessen die Regierung zu bestimmen, das Recht, in Fragen der äußeren Politik selbständig zu handeln, das Recht, die Heeresmacht des Reiches als oberster Kriegsherr von sich aus zu leiten.

Als konstitutioneller, vor dem Reichstag verantwortlicher Monarch ist Wilhelm II. nur noch ein Schatten jenes Selbstherrschers von Gottes Gnaden geworden, der er von seiner Thronbesteigung an bis zu dem Tage war, als das Kriegsglück „seine“ Armeen endgiltig verließ.

Vielleicht sind wir am Vorabend des Erscheinens eines neuen Glories unter den freien Staaten Europas: der „Deutschen Republik!“

Die welthistorische Bedeutung dieses Ereignisses ist gewaltig. Es geht hier nicht um die formell-juristische Bestimmung der Organisation der Staatsgewalt. Hier findet keine Stimmabgabe für die Monarchie oder für die Republik statt. Hier geht ein Kampf sozialer Kräfte vor sich, und der Ausgang dieses Kampfes entscheidet über das Schicksal des Thrones, der erst noch unlängst der unerfüllbarsten Thron in Europa zu sein schien.

In Zentral-Europa, das bisher unter dem unheilvollen Schatten dieses Thrones gelebt hat, erhebt sich eine neue Macht, welche berufen ist, eine Grenzrolle in der Geschichte der Menschheit zu spielen.

Das ist das Deutschland Schillers und Heines, das Deutschland Marxs und Engels, Lassalls und Bebel's. Dieses Deutschland, das uns allen einst so lieb war, aber in den letzten Jahren vor uns verdeckt war durch das Deutschland der gepanzenen Faust, nimmt jetzt vor allem die Stelle ein, welche ihm von rechtshem zumal. Und es ist ein großer Irrtum zu glauben, daß die Kräfte dieses Deutschlands durch die Kriegsjahre endlich aufgebraucht sind. Nein, das neue, von jahrhundertlangen Wirren befreite Reich, tritt in das Leben mit voller Kraft.

Hier die Beweise seiner Kraft: während die aus verschiedenen Teilen nur schwach zusammengewürzten Reiche unter den Hammer schlägen des Krieges auseinanderliegen, geht die Vereinigung des deutschen Volkes vor sich.

An das zerfallene, von Feinden umgebene Deutschland, das keine Aussicht mehr hat, zu stehen, schließt sich das deutsche Oesterreich an.

Was erwarten die österreichischen Deutschen von diesem Schritt? Neue Kriegslagen statt der Wohlthat des Separatfriedens? Den Haß und die Raue der Sieger anstatt ihrer Nachsicht und Gnade?

Vorteil erwarten sie von diesem Schritt nicht. Doch dieser Schritt wird ihnen von der Logik der Ereignisse, der Logik der Vereinigung des neuen Deutschlands diktiert. Sie tun diesen Schritt, gleichsam um der Welt zu beweisen, daß der Niedergang des Deutschlands der Hohenzollern keineswegs auch das Verderben des deutschen Volkes bedeutet, sondern daß die Zerstörung des Gefängnisses, in dem es lebte, seine Befreiung bewußt Schaffung neuer Staats- und Gesellschaftsformen zur Folge haben wird. In diesem Bereich eröffnen sich dem deutschen Volk neue große Aufgaben.

Während des Krieges wurde das wirtschaftlichen Deutschlands einer zentralisierten Reglementierung unterworfen, welche unvereinbar mit den Grundlagen der kapitalistischen Produktion zu sein schien. Es ist eine Wirtschaftsunordnung geschaffen worden, die den höchsten Grad der Ausnutzung der Arbeit durch das Kapital ausdrückt, aber zugleich den Keim für die volle Befreiung der Arbeit, den Keim für den Sieg des Menschen über die Anarchie der wirtschaftlichen Kräfte, die ihn bis dahin beherrschte, bildet.

Und, wer weiß es, vielleicht sind wir nahe dem Tage, an dem die ungeheureste Organisation der Wirtschaft, die von den alten Machthabern Deutschlands im Namen des Krieges geschaffen wurde, zwecks Vernichtung der Zwecke des Imperialismus, vom deutschen Volk im Namen des ewigen Friedens, zwecks Verwirklichung der Ideale der arbeitenden Klasse, ausgenutzt werden wird. Aber, selbst wenn das nicht geschieht, zu den alten Formen des Staatslebens gibt es für Deutschland keine Rückkehr mehr. Auch bei dem für die Demokratie ungenügenden Zusammenstößen der Umstände wird dort ein bürgerlich-demokratisches Staatswesen entstehen, ohne jegliche Bemühung feudaler Kräfte, aber mit bedeutendem Einfluß von Seiten des Proletariats. Köhnte es sich noch davon zu sprechen, in welcher Weise die ganze politische Karte Europas infolge dieses inneren Rades der öffentlichen Kräfte in Deutschland verändert wird?

Es verschwindet für Frankreich die Veranlassung zu unausführlichen Befürchtungen. Es verschwindet die Hauptursache der fieberhaften Armerung Englands. Es verschwindet die Stütze und Hoffnung aller gegenrevolutionären Elemente Rußlands und seiner einstigen Teile, die sich von ihm abgelöst haben.

Denn auf das neue Deutschland können sich weder die Volkshemden noch die Geinunungsgegnossen Herrn Milukows, noch die finnländischen Monarchisten, noch die polnischen Reaktionäre, oder die georgischen Fürsten orientieren. Das neue Deutschland wird den Radikalführern keine Bringen für vakante Throne geben, wohl aber Gesandtenarbeiter und Techniker. Das Leid, das allen Völkern der ganzen Menschheit durch den Krieg zugefügt worden ist, ist unermesslich.

Aber wenn man neben diesem Leid die wohlthuenden Resultate des Krieges betrachtet, so wird man unter diesen an die erste Stelle die stehen in Deutschland vor sich gehende Revolution setzen müssen. Die Revolution, der jegliche äußere Dramatik fehlt, die aber um so tiefer und bedeutender ist.

Eine der Folgen dieser Revolution ist die, daß für die kleinen Völker, die während des Krieges in die Einflusssphäre Deutschlands geraten sind, die Gefahr der Unterjochung und Knechtung durch den deutschen Imperialismus geschwunden ist. Wenn der Einfluß Deutschlands auf sie bleibt, so wird es der Einfluß eines freien, fortschrittlichen, demokratischen Landes sein.

Sollte aber der Einfluß Deutschlands, kraft der objektiven Entwicklung der Ereignisse, dem Einfluß einer anderen starken europäischen Macht weichen müssen, so werden die Vertreter dieser Macht, ganz unabhängig von ihrer demokratischen Tradition, nicht wünschen, daß ihr Eintreten in einem Lande, wo die Deutschen waren, dazu die Vernichtung irgend jemandes Freiheit und die Wiederaufrichtung der Bergewaltigkeit befruchtigt werde.

Herausgeber: Das J.-K. des transtaal. deutschen Vereines.
Verantwortlich für die Redaktion: Das Redaktionsoffizier.

Alleinstehender Herr Wohnung

von 3—5 Zimmern, möglichst im Zentrum der Stadt, möbliert, mit elektrischer Beleuchtung, falls möglich mit Badezimmer.

Zu erfragen im Hotel Orient Nr. 42. 2—1